

Bald ein Sanierungsfall? Nach Plänen der Regierung müssten künftig Millionen intakter Häuser mit erheblichem Aufwand energetisch saniert werden.



KLIMASCHUTZ-WOHNKOSTENDILEMMA

Die Energieeinsparverordnung (EnEV), das Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetz (GEIG), das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) und das Gebäudeenergiegesetz (GEG) belasten die Bürger und die Bauindustrie durch zusätzliche Abgaben und Vorschriften. Die AfD-Fraktion lehnt die Verteuerung von Bauen und Wohnen durch die CO₂-Steuer und andere Klimaabgaben ab.



Unser Antrag

Grüne Inflation und CO₂-Besteuerung beenden. Drucksache 20/3945

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/039/2003945.pdf>

WOHNEIGENTUMSFÖRDERUNG

Die eigenen vier Wände tragen zur individuellen Vermögensbildung bei. Zusätzlich schützt Wohneigentum vor Altersarmut, Inflation und Mietsteigerungen.

Dennoch sind nur rund 45 Prozent der deutschen Haushalte Eigentümer ihrer Wohnung oder ihres Hauses, während über zwei Drittel der EU-Bewohner im Eigenheim leben.

Unsere geringe Eigentumsquote ist durch die hohen Steuern in Deutschland bedingt. Ins Gewicht fallen hier vor allem die Grundsteuer und die Grunderwerbssteuer.

Daher fordert die AfD-Fraktion, die Grundsteuer komplett abzuschaffen. Die Grunderwerbssteuer soll beim Erwerb selbst genutzten Wohneigentums entfallen und bei anderen Erwerbsformen bundesweit auf 3,5 Prozent gedeckelt werden.



Unser Antrag

Vom Land der Mieter zum Land der Eigentümer. Drucksache 20/3204

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/032/2003204.pdf>



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

FOLGEN SIE UNS

- [AfDBundestag.de](https://afdbundestag.de)
- fb.com/AfDimBundestag
- [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
- youtube.com/AfDFraktionimBundestag
- www.instagram.com/afdimbundestag/
- tiktok.com/@afdfraktionimbundestag
- gettr.com/user/afdbundestag
- Rundbrief-Abonnement: <https://t1p.de/ycsg>

Herausgeber:

Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag
vertreten durch den Fraktionsvorstand.

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buenger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:
Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

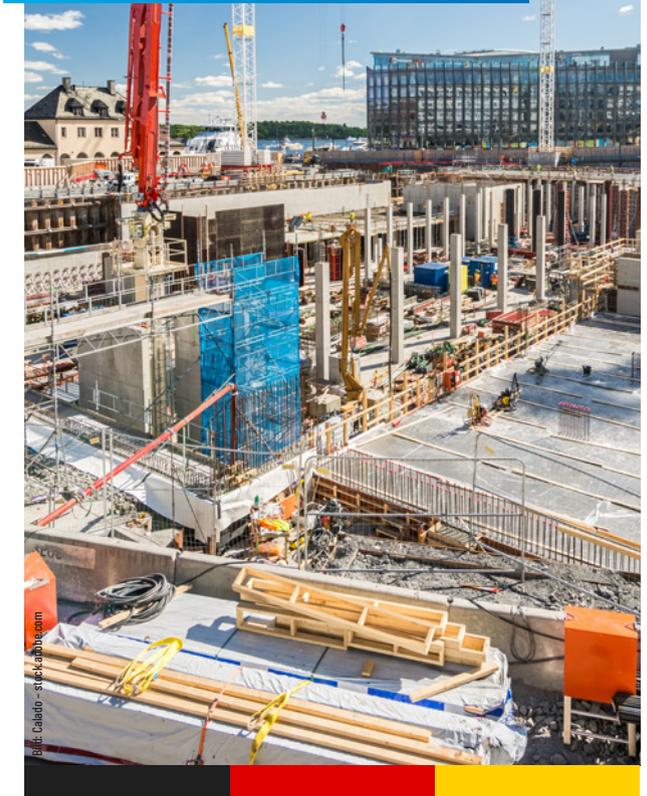
Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: April 2023

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.

WOFÜR WIR STEHEN

Arbeitskreis für Wohnen,
Stadtentwicklung, Bauwesen
und Kommunen



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

DIE ABGEORDNETEN DER AfD-FRAKTION IM BUNDESTAGSAUSSCHUSS FÜR WOHNEN, STADTENTWICKLUNG, BAUWESEN UND KOMMUNEN



Marc Bernhard MdB

Ordentliches Mitglied und
Baupolitischer Sprecher der
AfD-Bundestagsfraktion



Carolin Bachmann MdB

Ordentliches Mitglied



Roger Beckamp MdB

Ordentliches Mitglied, Obmann



Sebastian Münzenmaier MdB

Ordentliches Mitglied



René Bochmann MdB

Stellvertretendes Mitglied



Thomas Dietz MdB

Stellvertretendes Mitglied



Stephan Brandner MdB

Stellvertretendes Mitglied



Stephan Protschka MdB

Stellvertretendes Mitglied

UNSERE LEITLINIEN

1. Jegliche Besteuerung zur angeblichen Rettung des Klimas beenden.
2. Die Bürger bei den Energiekosten massiv entlasten.
3. Klima-ideologisch begründete Baustandards (z. B. der Dämmungszwang oder die Demontage intakter Heizungsanlagen) abschaffen.
4. Die Grundsteuer ersatzlos streichen.
5. Keine weitere Erhebung der Grunderwerbssteuer für das Eigenheim – Deutschland, das Land der Eigentümer.
6. Die Stadt-Land-Wanderung der Deutschen fördern – ländliche Räume attraktiv machen.
7. Die Entwicklung deutscher »Smart Cities« kritisch begleiten.
8. Parallelgesellschaften umgehend auflösen – Lebensqualität in Städten nachhaltig erhöhen.
9. Ausreisepflichtige Ausländer unverzüglich abschieben – Deutschland hat Eigenbedarf.

MIGRATION GESTALTEN

Viele Stadtviertel und insbesondere Großwohnsiedlungen der 1970er Jahre sind geprägt von Nicht-EU-Migranten. Dies führt häufig zu Konflikten, sei es durch religiöse Gebräuche oder durch importierte Formen des Zusammenlebens.

Obergrenzen für Nicht-EU-Migranten helfen, dass das Leben der Menschen in unseren Stadtvierteln nicht jeden Tag neu ausgehandelt werden muss.

Aufgrund der staatlichen Alimentierung von unqualifizierten Migranten bezahlen Einheimische mit ihren Steuern die eigene Verdrängung aus günstigen Wohnungen. Wir setzen uns im Deutschen Bundestag auf vielfältige Weise für eine strikte Reglementierung und Beschränkung der Verteilung staatlicher Mittel an diesen Personenkreis ein.



UNSERE INFORMATIONSKAMPAGNE

Weiterführende Informationen und Beiträge unserer Abgeordneten finden Sie unter folgendem QR-Code.



Bild: Johannes Husen - stock.adobe.com

LÄNDLICHE RÄUME

Die Masseneinwanderung findet vor allem in die Großstädte statt. Immer mehr Einheimische verlassen die Ballungsräume und ziehen aufs Land. Die AfD-Fraktion sieht diesen Trend als Chance zur infrastrukturellen Entwicklung und Verbesserung der Lebensqualität in ländlichen Räumen. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Wohnen und Einkaufen, Kinder- und Schulbetreuung sowie die Gesundheitsversorgung.

Schnelle Datenleitungen und ein leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehr sind weitere Entwicklungsschritte, denn auch auf dem Land müssen Heimarbeit am Rechner und zeitsparendes Pendeln zum Arbeitsplatz möglich sein.

Bundestagsdrucksache 20/4992: Stärkung des ländlichen Raumes.

DIE INTELLIGENTE STADT

Deutsche Städte befinden sich seit mindestens einer Dekade inmitten eines technischen Paradigmenwechsels. Schier unermessliche maschinenlesbare Daten bilden ein digitales Gewebe über Stadt und Land. Dieses neue Netz ergänzt unsichtbar, aber hochwirksam die vorhandenen Strukturen.

Historisch gewachsene urbane Gefüge sind aber mehr als eine »Smart City« und Technik allein kann städtisches Gemeinwohl nicht bestimmen. Die AfD-Fraktion verlangt Klarheit über wünschenswerte Ziele und strikte Grenzen deutscher »Smart Cities«.

Bundestagsdrucksache 20/5618: Nationaler Aktionsplan zur intelligenten Stadt.



Unser Antrag

Neue deutsche Wohnungsnot stoppen.
Drucksache 20/701

<https://dserver.bundestag.de/brd/20/007/2000701.pdf>